

Stadt Bad Rappenau

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

am Donnerstag, den 09.02.2023 - Beginn 18:01 Uhr, Ende 20:53 Uhr
in Bad Rappenau, Rathaus, Kirchplatz 4, Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzender

Sebastian Frei

Mitglieder

Uwe Basler

Carmen Exner

Ulrich Feldmeyer

Gabriela Gabel

Beate Gaugler

anwesend ab 18:02 Uhr, TOP 1.2 Ö

Elke Haas

Jan Hemmer

Jochen Hirschmann

Sonja Hoher

Sven Hofmann

Michael Jung

Ralf Kälberer

entschuldigt

Ralf Kochendörfer

Anne Silke Köhler

Jan Kulka

Reinhard Künzel

Tobias Lang

Bertram Last

Dr. med. Christian Matulla

Robin Müller

Lothar Niemann

Alexandra Nunn-Seiwald

anwesend ab 18:02 Uhr, TOP 1.1 Ö

Gordan Pendelic

entschuldigt

Manfred Rein

Timo Reinhardt

Jutta Ries-Müller

Klaus Ries-Müller

Harald Scholz

Dr. med. Lars Schubert

Klaus Senghaas

Anika Störner

entschuldigt

Gundi Störner

Birgit Wacker

Martin Wacker

Rüdiger Winter

Presse

Falk-Stephane Dezort
Eva Goldfuß-Siedl
Elfie Hofmann

Schriftführer

Karina Blum

Verwaltung

Olivia Braun
Roland Deutschmann
Olivia Edwards
Wolfgang Franke
Michael Grubbe
Erich Haffelder
Peter Kirchner
Tanja Schulz
Alexander Speer

Gäste

Marcel Mayer

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 31.01.2023 ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens 30 Mitglieder (+ OB) anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und Folgendes beschlossen:

Als Protokollpersonen werden die Stadträtinnen Anne Silke Köhler und Carmen Exner benannt.

Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Folgende

Tagesordnung:

wurde abgehandelt:

1. Mitteilungen und Verschiedenes
- 1.1. Annahme von Spenden
- 1.2. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Ergebnisbudget Teilhaushalt 6 Tiefbauamt im Haushaltsjahr 2022
- 1.3. Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für die Übernahme des Vermögens der RappSoDie
- 1.4. Reinigung nach dem Abbau der Eislaufbahn
- 1.5. Lautsprecheranlage Friedhof Treschklingen
2. Anfragen der Bürger
- 2.1. Anfrage zum 5G-Ausbau
- 2.2. Parkende Autos beim Eingang zum Freibad
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse
4. Kindergartenangelegenheiten 011/2023
Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen – Fortschreibung für das Kindergartenjahr 2022/2023 ff
5. Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2023 und Feststellung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2023 012/2023
6. Neugestaltung Kinderspielplatz Talstraße/Akazienweg in Obergimpfern 008/2023
hier: Kenntnisnahme über die Entwurfsplanung des Kinderspielplatzes
7. Bebauungsplan Boppengrund II 1. Änderung in Bad Rappenau Bonfeld 009/2023

1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage
 2. Satzungsbeschluss
8. Solarenergie Kiesgrubenäcker 004/2023
1. Zustimmung zum Vorentwurf für die Photovoltaikanlage im Zimmerhof „Solarenergie Kiesgrubenäcker“ in Bad Rappenau
 2. Aufstellungsbeschluss nach dem Abgrenzungsplan vom 13.01.2023 für den Bebauungsplan „Solarenergie Kiesgrubenäcker“.
 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung für den Bebauungsplan „Solarenergie Kiesgrubenäcker“ in Bad Rappenau
9. Solarenergie Grafenwald 005/2023
1. Zustimmung zum Vorentwurf für die Photovoltaikanlage im Zimmerhof „Solarenergie Grafenwald“ in Bad Rappenau
 2. Aufstellungsbeschluss nach dem Abgrenzungsplan vom 13.01.2023 für den Bebauungsplan „Solarenergie Grafenwald“.
 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung für den Bebauungsplan „Solarenergie Grafenwald“ in Bad Rappenau.

1.) Mitteilungen und Verschiedenes

Verteiler:
20.1.1 K

1.1.) Annahme von Spenden

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erklärt sich Stadtrat Klaus Ries-Müller nach § 18 GemO für befangen. Er rückt in den Zuhörerbereich ab.

Rechnungsamtsleiterin Schulz verweist auf § 78 Abs. 4 GemO bezüglich der Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen. Seit der letzten Gemeinderatssitzung sind der Stadt Bad Rappenau Spenden zugegangen, sie bittet den Gemeinderat darum, die Zustimmung zur Annahme der genannten Spenden zu erteilen. Eine detaillierte Spendenliste ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigefügt und insofern Bestandteil der Niederschrift.

Ohne weitere Aussprache, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme folgender Spenden zu:

Spender	Betrag	Eingangsdatum	Verwendungszweck
Privatperson	200,00 €	23.01.2023	Spende für die Kindertagesstätte Fürfeld
Verein	1.000,00 €	30.01.2023	Spende für das Jugendhaus Bad Rappenau
Firma	600,00 €	15.12.2022	Sachspende Bücher für städt. Kindertagesstätten
Firma	500,00 €	28.07.2022	Sachspende (Preise für das Stadtradeln)

Einstimmig.

Verteiler:
50.1.1 K
20.1.1 E

1.2.) Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Ergebnisbudget Teilhaushalt 6 Tiefbauamt im Haushaltsjahr 2022

Tiefbauamtsleiter Haffelder erläutert, dass die erforderlichen Mittel für die Straßen- und Wegeunterhaltung aufgebraucht sind und daher im Haushaltsjahr 2022 im Ergebnishaushalt Teilhaushalt 6 überplanmäßige Mittel i.H.v. 380.000,00 € benötigt werden. Er begründet den Bedarf wie folgt:

Produkt 11.25.0300-42510000 Haltung von Fahrzeugen (Bauhof)

Im HH-Plan 135.000 € eingeplant, aktueller Abrechnungsstand ca. 246.000 €
In dieser Kostenstelle sind auch die Mieten für Winterdienstfahrzeuge enthalten.
Gründe für den Mittelmehrbedarf:

- Gestiegene Kraftstoffpreise
- Schaden an Kranarm LKW
- Unfallschaden Reform Multi-Fahrzeug

Produkt 54.10.0200-42120000 Unterhaltung von Straßen, Wege, Plätze

Im HH-Plan 1.100.000 € eingeplant, aktueller Abrechnungsstand ca. 1.480.000 €
In dieser Kostenstelle sind folgende kostenintensive Maßnahmen verbucht:

- Sanierung Salinenstraße
- Fritz-Hagner-Brücke
- Straßenanschlußsanierung Rohräckerstraße im Rahmen der Maßnahme Sanierung Goethestraße
- Feldwegsanierung im Rahmen der Erschließungsmaßnahme „Boppengrund“
- Reparaturen am Porhyrpflaster am Rathausvorplatz und Zufahrt Parkplatz
- Sanierung Friedensstraße
- Straßensanierungen punktuell durch Fa. HLT (Jahresbauunternehmen) ca. 743.000 €

Produkt 54.50.0000-44290000 Straßenreinigung und Winterdienst

Im HH-Plan 120.000 € eingeplant, aktueller Abrechnungsstand ca. 188.000 €
In dieser Kostenstelle sind folgende kostenintensive Maßnahmen verbucht:

- Straßensäuberung mit Kehrmaschine (Dienstleistung)
- Ölspurbeseitigung
- Winterdienst Wollenberg, Fürfeld, Bonfeld (Dienstleistung)
- Reinigung von Straßeneinläufen

Produkt 55.10.0100-42120000 Grün- und Parkanlagen, Unterhaltung

Im HH-Plan 130.000 € eingeplant, aktueller Abrechnungsstand ca. 192.000 €

In dieser Kostenstelle sind folgende kostenintensive Maßnahmen verbucht:

- Baumpflegearbeiten, Fällungen, Kronensicherungen (Folge der Trockenheit)
- Entsorgung von Hecken-, Baumschnitt und Pflanzenresten (seit 2022 gegen Bezahlung)
- Baum- und Sträucherlieferungen

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln im Ergebnishaushalt Teilhaushalt 6 Tiefbauamt Haushaltsjahr 2022 i.H.v. 380.000,00 € zu.

Einstimmig.

Verteiler:
40.1.1 K
20.1.1 E

1.3.) Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln für die Übernahme des Vermögens der RappSoDie

Rechnungsamtsleiterin Schulz erläutert, dass für den Abschluss der Eingliederung der RappSoDie noch die Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln i.H.v. 291.876,00 € im Finanzhaushalt, Teilhaushalt 5 Hochbauamt, Produkt 41.80.3000, Maßnahme 0011 im Haushaltsjahr 2022, benötigt wird. Bei der Einplanung der Übernahme im Haushaltsplan 2022 wurde angenommen, dass es sich größtenteils um nicht mehr zu aktivierendes Inventar handelt (Planansatz 2022 Ergebnishaushalt 41.80.3000-42220000 252.000 € konsumtiv; Planansatz 2022 Finanzhaushalt 41.80.3000-0011-78312000 50.000 € investiv).

Die benötigten überplanmäßigen Mittel gliedern sich wie folgt:

Übernahme des beweglichen Vermögen Sachkonto 78312000 (289.046 €), des immateriellen Vermögen Sachkonto 78311000 (2.180 €) und für die Beteiligungen Volksbank und Kraichgau Raiffeisenzentrum Sachkonto 78882000 (650 €).

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu im Haushaltsjahr 2022 überplanmäßige Mittel i.H.v. 291.876,00 € für die Übernahme des beweglichen (78312000) und immateriellen (78311000) Vermögens sowie für die Beteiligung Volksbank und Kraichgau Raiffeisenzentrum (78882000) für die Eingliederung der RappSoDie im Finanzhaushalt, Teilhaushalt 5 Hochbauamt Produkt 41.80.3000, Maßnahme 0011 bereitzustellen.

Einstimmig.

Verteiler:
50.1.1 K

1.4.) Reinigung nach dem Abbau der Eislaufbahn

Stadträtin Beate Gaugler merkt an, dass nach dem Abbau der Eisbahn auf dem Marktplatz viele Kunststoffspäne nicht entfernt wurden und wochenlang zwischen den Pflastersteinen noch zu sehen gewesen wären. Sie bittet darum, dass der Marktplatz von diesen gereinigt wird.

Tiefbauamtsleiter Haffelder erläutert, dass die Reinigung der Späne schwierig ist aufgrund der Pflastersteine, er jedoch die Kehrmaschine nochmal über den Marktplatz schicken wird.

Stadtrat Dr. Lars Schubert teilt mit, dass das dadurch entstandene Mikroplastik schlecht für Umwelt und Gesundheit sei und, dass er hoffe, dass zukünftig eher von einer Eisbahn abgesehen wird und die finanziellen Mittel stattdessen in das Jugendhaus investiert werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er froh darüber war, dass es keine Eisbahn war die viel Energie verbraucht hat und, dass er die Situation klimatechnisch anders sieht. Sobald es wieder in den Ausschüssen zur Abstimmung steht, könne gerne darüber diskutiert werden.

Verteiler:
30.1.1 K

1.5.) Lautsprecheranlage Friedhof Treschklingen

Stadtrat Tobias Lang teilt mit, dass die Lautsprecheranlage auf dem Friedhof Treschklingen seit längerem nicht funktioniere und bittet um Austausch dieser.

Der Vorsitzende erläutert, dass oft auch die Nutzung der Anlage fehlerhaft verläuft, er aber gerne durch die Verwaltung überprüfen lässt, ob diese defekt ist.

2.) Anfragen der Bürger

Im öffentlichen Teil der Sitzung waren ca. 15 Bürgerinnen und Bürger anwesend.

Verteiler:
-/-

2.1.) Anfrage zum 5G-Ausbau

Eine Bürgerin teilt mit, dass Sie bereits auf die Fraktionssprecher zugegangen sei bezüglich der Thematik 5G und der Strahlensicherheit. Sie erkundigt sich nach dem Stand des Ausbaus von 5G in Bad Rappenau und der Auswirkung auf die Bürger.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es Regelungen vom Bund gibt, inwieweit 5G ausgebaut werden darf und sie sich bitte an den korrekten Ansprechpartner wenden sollte, in diesem Fall die Netzanbieter.

Verteiler:
30.1.1 K

2.2.) Parkende Autos beim Eingang zum Freibad

Ein Bürger merkt an, dass beim Parkplatz im Kurviertel im Eingangsbereich des Freibades unrechtmäßig geparkt wird und teilweise auch die Feuerwehr Zufahrt zugeparkt wird.

Der Vorsitzende sichert eine Überprüfung zu.

Verteiler:
-/-

3.) Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse

Die Schriftführerin gibt in Kurzform die nachfolgenden Beschlüsse aus den nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und der beschließenden Ausschüsse bekannt:

- GR-Sitzung 15.12.2022
- GR-Sitzung 09.01.2023
- TA-Sitzung 02.02.2023
- FVA-Sitzung 06.02.2023
- GA-Sitzung 07.02.2023

Die Zusammenstellung der nicht öffentlichen Beschlüsse ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigefügt. Eine Aussprache hierüber findet nicht statt.

Verteiler:
10.3.1 K

4.) Kindergartenangelegenheiten Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen – Fortschreibung für das Kindergartenjahr 2022/2023 ff

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 011/2023 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Stadtverwaltung dazu verpflichtet ist jährlich eine Kindergartenbedarfsplanung aufzustellen, um zu sehen, ob die Einrichtungen in Bad Rappenau den Bedarf decken können. Er weist darauf hin, dass in der diesjährigen Bedarfsplanung ein starker Zuzug, vor allem auch durch die Flüchtlingsunterbringung deutlich wird. Er begrüßt hierzu Frau Braun aus dem Hauptamt.

Frau Braun erläutert anhand einer Präsentation den Sachverhalt. Die Präsentation ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigefügt und insoweit Bestandteil der Niederschrift.

In der folgenden Diskussion wird angesprochen:

- Es steht noch kein genauer Zeitraum für den Beginn der zentralen Platzvergabe fest, da viele Träger hier beteiligt sind. Erst nach Einigung der Träger kann mit der Vorbereitung der technischen Aspekte begonnen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2022/2023.

Kenntnisnahme.

Verteiler:
Alle Ämter E
20.1.1 E (2x)

5.) Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2023 und Feststellung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2023

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 012/2023 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

1) Stellungnahmen der Fraktionen Planentwurf 2023

Zunächst nehmen die einzelnen Fraktionen zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2023 in folgender Reihenfolge Stellung:

1. Stadträtin Anne Silke Köhler für die CDU-Fraktion
2. Stadtrat Rüdiger Winter für die FW-Fraktion
3. Stadträtin Gundi Störner für die SPD-Fraktion
4. Stadtrat Robin Müller für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
5. Stadtrat Klaus Ries-Müller für die ÖDP-Fraktion

CDU-Fraktion

Die Stellungnahme trug Stadträtin Anne Silke Köhler vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wie sagte der griechische Schriftsteller Plutarch bereits vor fast 2000 Jahren?
Der Haushalt ist der beste, worin man nichts Überflüssiges will, nichts Notwendiges entbehrt.

Werfen wir unter dieser Aussage einen Blick auf den vor uns liegenden Haushaltsentwurf 2023 und auf die vorliegenden Anträge aus den Fraktionen! Auch wenn in vielen Punkten Übereinstimmung herrscht, die Auslegung von Überflüssigem und Notwendigem wird in den

Fraktionen offensichtlich sehr unterschiedlich gewertet!

Aus Sicht der CDU Fraktion setzt der vorliegende Haushaltsentwurf die richtigen Prioritäten:

Gehen wir ins Detail:

Dass auch in den nächsten Jahren durch stetig steigende Geburtenzahlen immense Summen gerade beim Ausbau der Kindertagesbetreuung notwendig werden, hat der aktuelle Bedarfsplan deutlich gezeigt. Das im Haushalt ausgewiesene Investitionsvolumen von fast 5,3 Millionen Euro ist hier nur der Anfang. Dem Anbau der Kita in Bonfeld werden weitere Maßnahmen folgen (müssen), aber hier ist sich der Gemeinderat meist fraktionsübergreifend einig.

Auch über die notwendigen Sanierungsmaßnahmen in unseren Schulen und Grundschulen herrscht Einigkeit. Hier müssen Investitionen i.H.v. 10 Millionen Euro in den nächsten 4 Jahren finanziert werden, und weitere Sanierungsmaßnahmen werden sich in den kommenden Jahren anschließen!

Leider können diese Investitionen nur einen Teil des Problems lösen: die Gebäude sind wahrscheinlich schneller gebaut, als die fehlenden Erziehungs- und Lehrkräfte ausgebildet werden können! Die Stadt versucht bereits, mit vielen verschiedenen Maßnahmen gegenzusteuern, die Ursachen dieses Problems sind jedoch aus der gesellschaftlichen Entwicklung entstanden und sind von Bundes- und Landespolitik zu lösen.

Die vorgesehenen Brandschutzmaßnahmen müssen ebenfalls unstreitig umgesetzt werden, ebenso die geplanten Investitionen für die Feuerwehr. Im Frühjahr sollen nun endlich die Arbeiten für das Feuerwehrhaus Grombach beginnen, für den dringend notwendigen Neubau sind 3,2 Millionen eingeplant. Aber auch die Feuerwehr in der Kernstadt platzt aus allen Nähten und die Suche nach Lösungen läuft auf Hochtouren. Der vorgesehene Investitionsaufwand beträgt mehr als 16 Millionen. Für die Beschaffung von Ausrüstung für die Feuerwehr kommt in diesem Jahr eine weitere Million hinzu! Dies sind immense Pflichtkosten, die die Stadt zu finanzieren hat, aber: die Einsatzzahlen sind in den letzten Jahren stark gestiegen und wir sind froh und dankbar, dass wir in Bad Rappenau eine schlagkräftige, effektive Feuerwehrtruppe haben! Ein herzlicher Dank an dieser Stelle an alle Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr für Ihren ehrenamtlichen Einsatz! Die CDU Fraktion sieht die Investitionen für eine gute Ausrüstung als wichtigen Baustein für eine gut funktionierende Feuerwehr und als wichtiges Signal an die Wehren für die Wertschätzung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Notwendig und richtig sind auch die Investitionen in Hallen- und Sportanlagen und Vereinstätten. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig unsere Vereine und das Ehrenamt für ein gutes Zusammenleben vor Ort sind, insbesondere für die Entwicklung unserer Kinder. Für dieses große ehrenamtliche Engagement in allen Bereichen, ob Sport- oder Musikverein, DRK oder DLRG, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Da gerade unsere Kinder während der Pandemie sehr gelitten haben, möchten wir im Spielplatzbereich ebenfalls keine Abstriche machen!

Die Anzahl der Sanierungsmaßnahmen im Tiefbauamt zeigt, dass unsere Infrastruktur in die Jahre gekommen ist und Stück für Stück wieder auf Vordermann gebracht werden muss, auch dies unstreitig eine Pflichtaufgabe der Stadt. Für die Ertüchtigung sämtlicher Bushaltestellen im Stadtgebiet für einen barrierefreien Zustieg wird die Stadt wohl Zuschüsse erhalten, allerdings müssen wir zuerst zunächst 1,3 Millionen finanzieren und, das wiegt unseres Erachtens noch viel schwerer, die Planung vorbereiten und die Arbeiten überwachen.

Auch der Hochwasserschutz hat unseres Erachtens höchste Priorität. Wir können nicht verstehen, dass die Planungen seit 2016 laufen und man angesichts des steigenden Risikos für Starkregenereignisse immer noch mehr Gutachten als Vorbedingung für Zuschüsse hat. Hier darf es keine Verzögerungen bei der Umsetzung geben, sobald auswertbare Ergebnisse vorliegen!

Größter Investitionsschwerpunkt der kommenden Jahre wird wohl der Abriss und Neubau unseres Solebades sein. In unseren Augen gehört die RappSoDie zu Bad Rappenau. Wir stehen zu dem Beschluss, ein Dreispartenbad zu bauen, damit künftig gerade Familien und Kinder ein besseres Angebot vor Ort erhalten. Wir wünschen uns jedoch vor allem, dass bei

der Umsetzung dieses Großprojektes insbesondere die Folgekosten der Unterhaltung und des Betriebs in den Fokus gerückt werden. Wir wollen ein freundliches, gut konzipiertes und ansprechendes Bad, aber kein teures architektonisches Highlight mit teurem Schnickschnack.

Zu den notwendigen Aufgaben der Stadt gehört nach Ansicht der CDU Fraktion die Erschließungen der Baugebieten in Heinsheim und Fürfeld. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist weiterhin angespannt und wir sind zu einer attraktiven Kommune in einem wirtschaftlich starken Umfeld gewachsen. Der Bedarf ist da und wird eher noch höher werden. Für die Entlastung des Wohnungsmarktes wäre unseres Erachtens ein ganzes Bündel an Maßnahmen notwendig und von Bund und Land für Förderprogramme zuständig.

Die Problematik der neuen Baugebiete alleine auf den finanziellen Ausgleich zu reduzieren und durch Auferlegung zusätzlicher Kosten bei den Bauplatzerwerbern den Haushalt zu konsolidieren oder Anträge zu finanzieren, wird dem gesamten Problem nicht gerecht. Denn: es gibt nicht so viele gebrauchte Immobilien um den Bedarf zu decken.

Bauwilligen, und hier insbesondere jungen Familien, mal einfach die Kosten für die allgemeine Infrastruktur durch einen weiteren zusätzlichen Aufpreis aufzubürden, während bei uns auf dem Land die Mehrheit in ihren schönen Einfamilienhäusern wohnt (die meisten von uns im Gemeinderat eingeschlossen) und viele Quadratmeter Wohnraum und Garten zur Verfügung hat, das kann nach unserer Ansicht nicht die Lösung sein. Wir sehen das Problem des Flächenverbrauchs, aber dass der innerörtlichen Nachverdichtung ebenfalls Grenzen gesetzt sind, hat die Initiative der Bürger/innen im Kurgebiet deutlich gezeigt. Außerdem sind freie innerörtliche Flächen in privater Hand und die Stadt hat keine Handhabe, hier Wohnraum-schaffung zu verordnen. Der Ressourcenverbrauch hängt auch mit der Wohnsituation der stolzen Häusleeeigentümer und Eigentümerinnen, also vornehmlich der älteren Generationen zusammen und da müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen. Sind wir bereit, im Alter die Wohnverhältnisse an die veränderte Familiensituation und die veränderten Bedürfnisse anzupassen und Wohnraum abzugeben? Solange wir uns alle diesem Konflikt nicht stellen, können wir den jüngeren Generationen und den Bauanwärtern/innen nicht einfach die Kosten unseres eigenen Wohlstands auftischen. Deshalb treten wir seit Jahren für weiterhin moderate Bauplatzpreise ein! Hier ist Umdenken gefragt und eine breite gesellschaftliche Debatte, die die veränderten Familienstrukturen und den gelebten Individualismus berücksichtigt, keine simple Preiserhöhung zu Lasten einzelner!

Etwas verwundert haben wir die vielen Haushaltsanträgen zu neuen Förderprogrammen gelesen. Erst im Dezember 2022 wurde im Gemeinderat das neue Klimaschutzkonzept des eigens bei der Stadt dafür eingestellten Klimaschutzmanagers vorgestellt und über den vom Fachmann ausgeklügelten Maßnahmenkatalog und dessen Priorisierung abgestimmt. Einhellig wurde das ausführliche Konzept gelobt. Nun wird der ganze Maßnahmenkatalog und die beschlossene Priorisierung durch eine Vielzahl von Anträgen zum Haushalt in Frage gestellt. Warum haben wir dann abgestimmt? Die CDU Fraktion ist der Meinung, dass ein Verzetteln und die Erhöhung des Verwaltungsaufwands durch viele verschiedene Förderprogramme der Stadt dem Klimaschutz nicht dient. Förderprogramme müssen von Bund und Land initiiert und finanziert werden, der Stadt fehlen schlichtweg die Mittel und Möglichkeiten.

Wir setzen deshalb auf die Umsetzung des im Dezember beschlossenen Maßnahmenkatalogs, insbesondere den Ausbau der Radwege, solange die Förderprogramme laufen. Und wir setzen, da der Fokus der ersten Maßnahmen auf der Mobilität liegt, auf die Verbesserung des ÖPNV, was alle Verkehrsmittel einschließt. Insbesondere auf einen gleichmäßigen Halbstundentakt der S-Bahn nach Sinsheim.

Anreize für mehr erneuerbare Energien können unseres Erachtens durch die Gestaltung der Bebauungspläne für die anstehenden Neubaugebiete gesetzt werden, so dass insbesondere die Nutzung von Flächen für Solar- und Photovoltaikanlagen effektiv erfolgen kann und auch im Wandbereich zulässig sein wird.

Dass die notwendige Umgestaltung des Rathausplatzes erneut verschoben wurde, ist aus unserer Sicht gerechtfertigt. Unser Antrag, die Fassade des Rathauses zu begrünen, ist in

unseren Augen eine gute Möglichkeit, sowohl eine optische als auch gefühlte Aufwertung des Platzes zu erreichen ohne dabei die Neuplanung einzuschränken und sie dürfte aufgrund der Fördermöglichkeiten auch finanziell im Rahmen liegen. Kleine Maßnahme, große Wirkung! Die Zustimmung des Architekten ist dabei sicher kein Hindernis.

Noch nicht haushaltsrelevant, aber nach Ansicht der CDU Fraktion dringend anzugehende Aufgaben sehen wir außerdem im Bereich Grundversorgung der Ortsteile und im Bereich der Ärzteversorgung. Dafür ist die Stadt nicht zuständig?! Wer soll denn sonst die Initiative ergreifen und koordinieren?

In vielen Ortsteilen gibt es keinen Bäcker und Metzger mehr, wir können den Trend nicht aufhalten. Es gibt jedoch viele Ideen und alternative Lösungsansätze: fahrende Läden, Automaten, Bürgerläden... Dafür werden geeignete Flächen und Standorte benötigt. Hier ist unseres Erachtens die Stadt als Initiator, Ideensammler und Kontaktbörse gefragt!

Dies gilt nochmals dringlicher im Bereich der Ärzteversorgung. Der Hausärztemangel ist hinlänglich bekannt, aber dass selbst niedergelassene Fachärzte in Bad Rappenau keine Nachfolger mehr finden, muss uns zum Handeln bewegen. Dass die Stadtverwaltung hier bereits aktiv ist, zeigt die geplante Ansiedlung eines Hausarztes in Fürfeld. Dies ist, wenn man die Altersstruktur unserer niedergelassenen Ärzte betrachtet, leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In anderen Städten hat man medizinische Versorgungszentren gegründet, in Calw beispielsweise eine Genossenschaft. Die CDU Fraktion ist der Ansicht, dass dieses Thema schnell angegangen werden muss, um noch einen gewissen Handlungsspielraum zu haben und um gute Lösungen erarbeiten zu können. Und es muss uns allen klar sein, dass Lösungen sehr wahrscheinlich nicht zum Nulltarif zu haben sind!

Daher bitten wir die Verwaltung, diese Themen auf die Tagesordnung zu setzen.

Um auf den Beginn meiner Haushaltsrede zurück zu kommen: In Anbetracht der Fülle der Pflichtaufgaben für die Stadt sollten wir uns auf realistische und umsetzbare Anträge konzentrieren und das Überflüssige weglassen. Wir sind der Ansicht, dass wir diese Vorgabe erfüllt haben und der Haushalt 2023 diese Vorgabe ebenfalls erfüllt.

Zum Abschluss deshalb ein Dankeschön an Frau Schulz und Ihr Team für die übersichtliche Aufbereitung der umfangreichen Unterlagen, ein Dank an die Amtsleitungen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die nun die Umsetzung des Haushaltes durchführen werden, an alle Gemeinderatskollegen und -Kolleginnen und Herrn OB Frei für den sachlichen und geordneten Ablauf der Sitzungen. Die CDU Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsplan für 2023, der Finanzplanung bis 2026 und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung für 2023 zu.“

Freie Wähler Fraktion

Die Stellungnahme trug Stadtrat Rüdiger Winter vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei, Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Sehr geehrte Damen und Herren,

Haushalt 2023, ... Vor nicht ganz einem Jahr, noch Pandemie bedingt, trafen wir uns im Kurhaus zur Haushaltsverabschiedung 2022.

An diesem Tag begann der Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser Krieg veränderte auch unser Leben. Was als sicher geglaubt, war auf einmal fragil, und Krieg in Europa wurde zur Realität. Die Auswirkungen dieses Krieges sind in allen Bereichen zu spüren. Steigende Energie- Rohstoff- Lebensmittelpreise sind nur ein kleiner Teil davon. Ebenso stieg die Zahl der Flüchtenden. Dies betrifft uns bis heute, wir setzen alles machbare umzusetzen, kaufen oder mieten Unterkünfte, erweitern Kindergärten, stellen Schulplätze zur Verfügung, und ver-

suchen hierfür genügend Lehrkräfte und Erzieher zu finden. Wir unterstützen hier komplett die Aussage und Kritik unseres Oberbürgermeisters das es nicht unendlich so weitergehen kann und die Bundes- oder Landespolitik nicht einfach alles auf die Kommunen abwälzen kann ohne eine gewisse Beteiligung zu übernehmen. Wir müssen uns Gedanken machen was wir uns in Zukunft noch leisten können oder leisten müssen. Bei den Pflichtaufgaben wie Feuerwehr dürfen und können wir keine großen Einsparungen vornehmen. Im Gegenteil hier steht der Lange schon notwendige Neubau im Kernort auf dem Plan. Auch etliche Fahrzeuersatzbeschaffungen anhand des Bedarfsplanes sind umzusetzen. Aber auch die Neu- und Anbauten an Kindergärten wie Bonfeld und Rappenau werden umgesetzt. Mit die größte Investition wird der Abriss und Neubau unseres Bades RappSoDie sein, eine Herausforderung wird sein hier die Wünsche und Anforderungen unter gestiegenem Kostendruck umzusetzen. Natürlich gehört ein Bad in die Bäderstadt, aber wir müssen klar und verlässlich überlegen was machbar ist und was nicht. Ebenso müssen wir ein wachsames Auge auf unser KUK haben, die natürlich sehr gut durch Herrn Werner geführt wird, aber auch hier gilt es über alles nachzudenken zum Wohle des Gesamten. Selbst ein Verkauf an einen Investor wäre kein Tabu für uns.

Wie uns Mitgeteilt wurde ist die Umsetzung der Anbindung der Schwaigener Straße auf die Umgehungsstraße für diese Jahr geplant, wir versprechen uns eine Teilentlastung für die Kernstadt. Nach Fertigstellung können wir dann endlich unser Beschlossenes Gesamtheitliches Verkehrsgutachten in Auftrag geben. Wir werden weiterhin dafür sorgen das die Verkehrssituation beim Autobahnzubringer zwischen Bonfeld und Fürfeld nicht in Vergessenheit gerät. Zumal mit neuen Gewerbeansiedlungen auch das Verkehrsaufkommen steigt, und die aktuellen Ampeln nicht die beste Lösung sind.

Im Haushalt rechnen wir mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Umgelegten Baugebiete und Bauplätzen. Hier betrachten wir mit Sorge die weiterhin hohen ausgerufenen Preise für die Städtischen Bauplätze. Ob wir alle Bauplätze verkaufen, wird nicht zuletzt an den Preisen und Verfügbarkeit von Material und Handwerkern Liegen. Auch die weitere Zinsentwicklung spielt hier eine Rolle.

Nun zu unseren Haushaltsanträgen.

Der Sinn und Zweck von Haushaltsanträgen liegt darin begründet etwas Positives für die Stadt zu erreichen. Wir würden uns für die Zukunft wünschen, dass beschlossene Dinge im Vorgegebenen Zeitrahmen umgesetzt, und im Rat darüber berichtet wird. Die Antragsteller sollten nicht das Gefühl bekommen, dass beschlossene Anträge nicht oder nur halbherzig umgesetzt werden. Dies führt dann zu Unmut und wir können uns die Ganzen Haushaltsanträge und den zeitlichen Aufwand sparen.

Zu Antrag: Restaurierung Bohrturm Soleförderung.

Nach der Sanierung der Gerätehäuser sollte nun mit der Sanierung des Bohrturmes begonnen werden. Uns ist klar das 50 Tausend Euro hier nicht reichen. Dieser Betrag sollte für ein erstes Gutachten verwendet werden um den Gesamtaufwand beziffern zu können. 50.000 €

Zu Antrag: Neue LED Weihnachtsbeleuchtung

Die Energiekrise hat gezeigt, dass wir, wo immer es geht, Strom sparen müssen. Mit neuer energieeffizienter LED Beleuchtungstechnik können wir Strom einsparen und trotzdem mit gutem Gewissen die Weihnachtsbeleuchtung anbringen. 25.000 €

Zu Antrag: Aufforstung von Grundstücken die im Besitz der Stadt sind und dadurch CO2 Bindung begünstigen.

Begründung: Auf der Gemarkung Bad Rappenau gibt es Grundstücke die im Besitz der Stadt sind. Diese besagten Grundstücke sind teilweise als so genannte „Sukzessionsflächen“ vorhanden. Die besagte Fläche um die es uns geht ist im Moment ein Wiesen- bzw. Ackergrundstück. Diese ist aber laut Flächenplan als Wald gekennzeichnet. Also Stellen wir hier den Antrag dieses Grundstück seinem zugewiesenen Zweck zuzuführen und hier in Abstimmung mit dem zuständigen Forstamt zukunftsfähige Bäume zu pflanzen. Kleiner Nebeneffekt ist, dass wir hier Ökopunkte bekommen. Solche Grundstücke sind auch im Bannwald und im Gewinn

„Erlen“ zu finden.

Antrag 4/5: Mit diesem Antrag wollten wir darauf hinweisen die Eingemeindungsverträge von Zeit zu Zeit mal durchzuschauen ob diese umsetzbar sind. Vertrag ist schließlich Vertrag. Wir ziehen diesen Antrag zurück.“

SPD-Fraktion

Die Stellungnahme trug Stadträtin Gundi Störner vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

eigentlich soll die Haushaltsrede einen Ausblick auf das Jahr 2023 geben. Aber die Herausforderungen aus 2022 erfordern einen kurzen Rückblick. Zunächst sind wir nur von einer Fortsetzung der Corona-Pandemie ausgegangen. Aber der Überfall Russlands im Februar letzten Jahres hat die Welt völlig verändert. Explodierende Energiepreise, drastisch angestiegene Preise in fast allen Bereichen, eine bisher nicht vorstellbare Inflationsrate, eine hohe Anzahl von Flüchtlingen aus der Ukraine und weitere negativen Auswirkungen auf unser tägliches Leben sind völlig neue Herausforderungen, mit der uns der nicht zu rechtfertigende Angriff Russlands auf die Ukraine konfrontiert hat.

Wir möchten an dieser Stelle „Danke“ sagen an alle, die dazu beigetragen haben und immer noch beitragen, diese Herausforderungen zu meistern. Danke den Bürgern, die Wohnraum sowie Geld- und Sachspenden zur Verfügung stellten. Danke für die ehrenamtliche Mitarbeit, die weiterhin so dringend benötigt wird. Danke aber auch an die Hauptamtlichen, die manches Mal nicht wissen, wo ihnen der Kopf steht. Deshalb begrüßen wir die Besetzung einer befristeten Stelle zunächst bis Sommer 2023 ausdrücklich.

Aber wir müssen an dieser Stelle auch Kritik an der Landesregierung und der Landkreisverwaltung üben. Man kann nicht nur den Kommunen die Flüchtlinge zuteilen und dann einmal die Woche vorbeischaun. U.a. sind Sprachkurse für Kinder und Erwachsene dringend notwendig. Wie sollen sich die Menschen selbstständig organisieren, die Kinder die Schule besuchen, wenn sie die Sprache nicht kennen? Wie soll die Integration der Flüchtlingskinder im Kindergarten erfolgen? Dies sind nur einige Punkte, die durch die Kommunen vor Ort geregelt werden müssen. Hier erwarten wir mehr Unterstützung.

Welche Auswirkungen und Folgen zu den uns vorliegenden Unwägbarkeiten plante die Kämmerei bei der Aufstellung des Haushaltes 2023 ein? Leider kann keiner in die Zukunft schauen, aber wir denken, dass Frau Schulz und ihr Team hier vorsichtig optimistisch geplant haben. An dieser Stelle herzlichen Dank an Frau Schulz und ihr Team.

Auf nähere Zahlen möchte ich nicht eingehen. Bereits bei der Haushaltseinbringung hat uns Frau Schulz die Eckdaten genannt und ich werde nun im Folgenden nur einzelne Bereiche mit Zahlen hinterlegen. Auch werde ich nur auf einige Punkte auf Grund der Zeitvorgabe eingehen können.

Kindergarten

Vor wenigen Minuten haben wir vom Kindergartenbedarfsplan für 2022/2023 Kenntnis genommen. Frau Braun hat uns hier ausführlich informiert, so dass ich auf den Bereich Kindergarten nicht separat eingehen werde.

Neben fehlenden Kindergartenplätzen ist fehlendes Fachpersonal ein noch größeres Problem. Nicht vorzustellen: wir bauen einen neuen Kindergarten und anschließend wird kein Personal gefunden. Hier spielt nicht die Bezahlung der Erzieherinnen die große Rolle, durch flexible Betreuungszeiten und natürlich auch durch immer mehr Vorgaben wird immer mehr Personal benötigt. Fachpersonal zu finden, wird immer schwieriger, Quereinsteiger sind auf jeden Fall eine wichtige und gute Alternative.

Schulen

Ein gutes Zeichen an unsere Bürger/innen sind die Investitionen in unsere Ortsteilgrundschulen. Zeigen doch diese Investitionen, dass wir an unseren Grundschulen festhalten. Nach der Generalsanierung der Schulen in Bonfeld und Grombach, stehen die Sanierungen in Fürfeld und Heinsheim für 2023 und folgende mit einem Invest von insgesamt 1.9 Mio € auf der Agenda. Die Sanierung der Schule in Obergimpfern wird folgen.

Ein weiterer Kostenblock im Betreuungsangebot neben Kindergarten und Schule ist die Hortbetreuung. Die flexiblen und langen Öffnungszeiten im Kindergarten erfordern ein entsprechendes Angebot nach der Schule. Sehr kurzfristig musste für Babstadt eine Lösung gefunden werden. Die Container sind zwar nicht schön, aber sie erfüllen ihren Zweck, bis es einen neuen Platz für die Hortbetreuung gibt. Hier sollten die Planungen weiter vorangetrieben werden.

An der Verbundschule steht die Sanierung des F-Baus mit einer groben Schätzung von ca. 5.1Mio € und einer Fertigstellung bis 2026 an. Spannend wird es dann noch sein, bis wann die Schulbaukommission die Endabnahmen der Maßnahmen vornimmt, nachdem die Abrechnung der Mensa noch immer aussteht.

Feuerwehr

Für Geräte und Fahrzeuge sind insgesamt 1.25 Mio. € für unsere Feuerwehren der Gesamtstadt Bad Rappenau eingestellt. Geld, dass für die Arbeit – den Einsatz unserer Wehren wichtig ist. Für den Neubau des Feuerwehrhauses Grombach sind 1.32 Mio.€ eingestellt. Mit diesem Bau ist die Feuerwehr Grombach wieder gut gerüstet und verfügt endlich über ausreichend Platz. Platz benötigt auch die Abteilung Bad Rappenau dringend, leider fehlt noch der geeignete Standort. Wir hoffen, dass hier zeitnah Vollzug gemeldet werden kann, damit hier die Planungen voranschreiten. Der Neubau des Feuerwehrhauses Bad Rappenau wird von uns positiv begleitet.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an unsere Feuerwehren in der Gesamtstadt. Ihr lasst unsere Bürger/innen ruhig schlafen. Vielen Dank für euren nicht immer leichten Einsatz. Wir wünschen euch ein ruhiges Einsatzjahr 2023 und dass alle wieder gesund aus den Einsätzen zurückkommen.

Baugebiete

Nicht nur Kindergarten, Schule und Feuerwehr sind in einem Ort wichtig. Es ist auch wichtig, dass sich ein Ort weiterentwickeln kann. Das Baugebiet Boppengrund in Bonfeld ist auf den Weg gebracht. Mit „Neckarblick“ in Heinsheim, „Mittlerer Flur“ im Zimmerhof und „Halmesäcker“ in Fürfeld sind weitere Baugebiete in der Pipeline. Neben der Schaffung von neuen Bauplätzen darf aber die Innenentwicklung nicht vernachlässigt werden.

Neben der Schaffung von Wohnraum in den Ortsteilen ist dort auch die Nahversorgung wichtig. Die noch ortsansässigen Einzelhändler freuen sich über jeden Kunden, der den Fortbestand sichert.

Freibad / Hallenbad

Was wäre Bad Rappenau ohne Bad? Diese Frage haben wir uns hier im Gremium gestellt und auch klar beantwortet. Mit der Entscheidung zum Abriss und Neubau der Rappsodie haben wir gezeigt, dass uns trotz der hohen Investition das Bad wichtig ist. Diese Maßnahme wird uns über Jahre – nicht nur mit Zahlen im Haushalt beschäftigen.

Aber auch das Freibad ist noch nicht komplett saniert. Rd. 1.5 Mio € wird die Sanierung des Wellenbeckens kosten.

All dies war nur ein kleiner Auszug an Investitionen, die für das Jahr 2023 und folgende eingeplant sind. Allein 17,2 Mio € an Investitionen in Baumaßnahmen in 2023. Aus 2021 wurden Investitionen von 4.4Mio€ nach 2022 übertragen, 2022 nach 2023 waren es gar 4.9Mio€. Dies zeigt doch deutlich, dass wir auch die 17,2 Mio € aus diesem Jahr voraussichtlich nicht umsetzen können.

Wir befinden uns noch mitten in der Umsetzung des neuen Haushaltsrechtes. Wie hat ein Fraktionsmitglied festgestellt: „Wir beschäftigen uns immer noch mit dem Klein-Klein im Haushalt – ich hatte das neue Haushaltsrecht so verstanden, dass wir der Verwaltung Ziele vorgeben“.

Mit dem Neubau des Feuerwehrhauses Bad Rappenau und dem Neubau der Rappsodie haben wir zwei kostenintensive Projekte vor uns. Ist es auf dem Weg zur Umsetzung dieser beiden Ziele nicht wichtig, die bereits im Haushalt eingestellten Maßnahmen abzuarbeiten? Vorhaben wie z.B. die Aussegnungshalle Fürfeld werden immer wieder geschoben und all die eingestellten Maßnahmen waren uns und der Verwaltung doch wichtig. Bei jeder Haushaltsberatung kommen neue Wünsche und Anregungen hinzu. Wir werden es nie auf „null“ schaffen, aber wir sollten den Projekten doch auch die Chance zur Umsetzung geben.

Ich komme zu den Haushaltsanträgen:

Unsere Anträge haben wir zurückgezogen. Die Kosten für den gewünschten Weg auf dem Friedhof in Heinsheim mit ca. 20.000€ stehen in keiner Relation zur Größe des Weges. Die Verwaltung hat uns zugesagt, dass künftig neue Urnengräber im ebenen Bereich des Friedhofes angelegt werden. Auch unser zweiter Antrag: „Abgrenzung des Grabfeldes „Bestattung am Baum“ während Beerdigungen“ wird von der Verwaltung für alle Friedhöfe im Stadtgebiet umgesetzt.

Mit unserem Prüfauftrag zur Parksituation in Bad Rappenau und den Ortsteilen haben wir eine Diskussion angestoßen. Hier ist der Bund gefordert. Bei einer Anpassung der Straßenverkehrsordnung auf die heutigen Begebenheiten könnten die Kommune Maßnahmen leichter umsetzen.

Dem Antrag der CDU -Fraktion – Fassadenbegrünung Rathaus – stimmen wir nicht zu. Ein Invest von 50T€ und nicht bezifferten Folgekosten sind uns zu hoch. Auch den Deckungsvorschlag – Streichung Blitzersäule – können wir nicht mittragen.

Klimaschutz ist auch bei uns in Bad Rappenau ein wichtiges Thema, dies haben wir mit der Einstellung des Klimaschutzmanagers bewiesen. Im Dezember hat uns Herr Göldenboth das Klimaschutzkonzept Bad Rappenau vorgestellt und hat verschiedene Maßnahmen daraus priorisiert.

Dem dort vorgestellten Maßnahmenkatalog wurde zugestimmt. Nun müssen wir ihm die Zeit geben, die Maßnahmen umzusetzen bzw. anzugehen. Förderprogramme zu entwickeln, binden Zeit, die an anderer Stelle dann fehlt. Wir lehnen die gemeinsamen Anträge der ÖDP und Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion ab bzw. weisen die Anträge an Herrn Göldenboth weiter, da in dem bereits beschlossenen Maßnahmenkatalog einige Punkte aus den Anträgen enthalten

sind.

Ich komme zum Ende:

Die SPD-Fraktion bedankt sich bei allen Bürger/innen für ihr Engagement zum Wohle unserer Stadt. Wir danken unseren Kollegen/innen aus dem Ratsgremium für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Trotz manchmal unterschiedlicher Auffassungen treffen wir die Entscheidungen immer im Interesse von Bad Rappenau.

Herzlichen Dank an alle Mitarbeiter/innen der Verwaltung für das gute Miteinander. Dank an OB Frei für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Schließen möchte ich mit einem kleinen Auszug aus den Schlussbemerkungen von Frau Schulz zum Haushaltsplan 2023.

Ich zitiere:“ Es muss eine ehrliche Diskussion auf allen politischen Ebenen darüber begonnen werden, welche Leistungen in volkswirtschaftlich herausfordernden Zeiten dauerhaft finanzierbar sein werden. Alles gleichzeitig und auf höchstem Ausbaustandard geht nicht“ Zitat Ende.

Die SPD-Fraktion stimmt allen drei Punkten des Beschlussvorschlages zu.“

Bündnis 90 / Die Grüne Fraktion

Die Stellungnahme trug Stadtrat Robin Müller vor:

„Für eine Haushaltsrede gibt es nichts Feineres, als politische Spitzen, Spritzigkeit und etwas Witzigkeit. Gerade jetzt in Faschingszeiten wäre es naheliegend, das Statement der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit bissigem Humor zu garnieren.

Das Lachen ist mir für heute vergangen. Angesichts von weit über zehntausenden Zivilisten, die einerseits schon in der Ukraine den Tod gefunden hatten, die aber nun andererseits noch einmal in Syrien und in der Türkei zu beklagen sind, aufgrund der schweren Beben am frühen Montagmorgen. Wir fühlen mit den Familien unserer türkischen und syrischen Freundinnen und Freunden. Niemand wird uns diejenigen zurückbringen, die wir durch Krieg und Not verloren haben. In den Vorjahren haben meine Haushaltsreden immer wieder ein Tuscheln oder vielleicht einen Zwischenruf provoziert. Angesichts der vielen Schicksale und Toten ist es mir mehr danach, einen kurzen Moment innezuhalten.

In der Ukraine sind rund 15 Millionen Menschen auf der Flucht. Teils als Binnengeflüchtete auf der Flucht im eigenen Land. Zu einem nahezu gleichgroßen Teil – von jeweils rund 7 oder 7,5 Millionen - sind die Menschen aus der Ukraine auf der Flucht in die eher sicheren Länder Europas.

Von den Beben im Grenzgebiet zwischen der Türkei und Syrien sind wiederum 15 Millionen Menschen betroffen. Die Flucht vor der Katastrophe in dieser Region ist absehbar, wiederum in die Länder Europas.

Städte, Gemeinden und Kreise wissen schon jetzt nicht mehr, wie Sie die Lage um die vor Krieg, Krisen und Not Geflüchteten irgendwie bewältigen oder zumindest verwalten sollen. Es fehlt uns Kommunen an so Vielem, insbesondere an ausreichend Räumlichkeiten, ausreichend Personal und weiteren freiwilligen Helfern. Selbst wenn wir bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Meinung sind, dass unser Haushalt noch Reserven zur Verfügung hat, für weiteres Personal, für weitere Räumlichkeiten, für die Unterstützung des Ehrenamts - und - letztendlich für die Geflüchteten...

...viele funktioniert nicht so einfach mal auf Knopfdruck.

Der aktuelle Arbeitsmarkt bietet viel zu wenig qualifiziertes Fachpersonal für die Verwaltungsarbeit. Über bestehende und über zu erwerbende städtische Gebäude, Wohnungen und Zimmer kann der Platzbedarf in keiner Weise adäquat gedeckt werden.

Und Ehrenamtliche bringen sich gerade nicht des Geldes wegen ein, sondern weil sie es als eine persönliche Verpflichtung ansehen, sich für Andere und für die Gemeinschaft zu enga-

gieren. Liebe Ehrenamtliche. Zu unserem Haushalt hatten wir einen Antrag formuliert, der speziell auf die Förderung oder Unterstützung von Freiwilligen im Einsatz zugunsten Geflüchteter gerichtet ist. Im Nachhinein empfinden wir diesen Antrag als missverständlich. Einerseits bringen viele Ehrenamtliche in vielen Bereichen einen unfassbar wertvollen Einsatz für Menschen in Not und ohne dafür eine finanzielle Gegenleistung, Geschenke oder sonstige Benefits zu erwarten. Andererseits kann man ehrenamtliches Engagement auch nicht kaufen. Letztendlich sollte es uns darum gehen, weiterhin Ehrenamtliche für alle Bereiche unseres Lebens emotional zu begeistern und die Gemeinschaft zusammenzuschweißen, gleich ob sie sich beispielsweise für Rettungsdienste, Vereine, Kirchen und kommunale Gremien einsetzen oder ob Sie sich in losen Gemeinschaften für andere engagieren. Wenn man Menschen wie Euch, liebe Ehrenamtliche, - durch ein Helferfest, durch Gutscheine oder durch eine Ehrenamtskarte - verdeutlichen kann, dass wir um Eure Bedeutung wissen, dann wird das nicht an der Haushaltslage scheitern. Sicher nicht. Mit dem gesamten Gemeinderat und der Verwaltung werden wir diskutieren, wie man einer Anerkennung Eures Einsatzes gerecht wird und auch mit vermeintlichen Kleinigkeiten Dankbarkeit zeigen kann. Eines Haushaltsantrags bedarf es dafür nicht. Diesen ziehen wir zurück. Hervorzuheben ist die große Dankbarkeit für Euch alle Ehrenamtlichen.

Einen konkreten Schritt können wir schon jetzt für die Geflüchteten tun und für diejenigen, die sich in diesem Bereich engagieren: eine weitere Anlaufstelle im Rathaus, beziehungsweise eine weitere Personalstelle in der Verwaltung. Liebes Gremium. Diese Stelle werden wir zusätzlich zum heutigen Entwicklungsstand brauchen. Bei unserem dahingehenden Haushaltsantrag seien mir noch ein paar ergänzende Worte erlaubt. Lassen Sie uns zudem nach eigenen Wohngebäuden im aktuellen städtischen Bestand schauen, die möglicherweise noch für Zwecke des Landratsamts oder für eigene Zwecke in Sachen der Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden können. Lieber Herr Oberbürgermeister Frei, wir stemmen hier Aufgaben, Ausgaben und Verpflichtungen, weil es nicht anders geht. Weil zum Glück nicht wir unsere Familien, Häuser, Nachbarn und Heimat verloren haben. Weil wir noch abgeben und teilen können. Selbstverständlich sieht unsere Fraktion, der Gemeinderat, die Verwaltung, dass ganz besonders der Bund und die Länder in der Pflicht sind, wenn es um die Entlastung und die finanzielle Ausstattung der Kommunen in dieser Krise geht.

Bitte setzen Sie, Herr Oberbürgermeister Frei, sich bei unseren Verbänden, beim Städtetag, beim Gemeindetag Baden-Württemberg und überhaupt bei jeder überregionalen politischen Stelle dafür ein, dass uns durch den Bund und das Land geholfen wird, zumindest finanziell und personell. Damit verbinde ich die Hoffnung, dass steter Tropfen tatsächlich irgendwann den Stein höhlt.

Zuletzt noch etwas ganz Anderes und die mahnenden Worte, die von einer Fraktion wie uns GRÜNEN am meisten zu erwarten waren.

Insbesondere in Zeiten, in denen unser Haushalt gesund ist oder unsere Aufgaben zumindest planbar und finanzierbar, müssen wir in Sachen Umwelt- und Klimaschutz mehr denn je über den Tellerrand schauen. Die finanziellen Auswirkungen des Klimawandels werden aller Voraussicht nach unbezahlbar sein, und das nicht im positiven Sinne.

Dabei ist der Ankauf von Flächen durch die Stadt Bad Rappenau, die Schaffung von Wohnbau und Gewerbegrundstücken, der Verkauf von Grundstücken und die Ansiedlung von Familien und Firmen ein Erfolgsmodell.

Die Einnahmen, auch aus Gewerbesteuer angesiedelter Unternehmen, steigen stetig. Die Pro-Kopf-Verschuldung sinkt auf Bestwerte. Aus dieser Sicht verbieten sich Vorwürfe in Richtung der Verwaltung und ihrer städtischen Gremien.

Tatsächlich sind unsere Flächen endlich. Jeder Quadratmeter, der von uns Menschen in Bad Rappenau versiegelt wird, geht der Natur verloren. Gemessen an den Klimafolgen durch den Verlust an Wald, Wiese und Natur, werden neue Bau- und Gewerbeflächen im Außenbereich unserer Ortschaften zu üppig erschlossen und zu günstig vermarktet.

Gegen kleine, aber feine Erweiterungen direkt an vorhandener Bebauung, gegen die innerstädtische Nachverdichtung oder gegen die Schaffung von neuem Wohnen im vorhandenen Bestand, besteht dagegen kaum begründeter Widerstand seitens grüner und ökologischer Fraktionen. Zum Stichwort aus alt mach zwei haben wir bereits einen Haushaltsantrag formu-

liert. Es verbleibt mir der Appell: Stoppt den Flächenverbrauch! Bewahrt unsere Natur!
Zuletzt bitte ich die Verwaltung und auch mein Kollegium im Gemeinderat darum, das Engagement um die Verkehrswende weiterhin mit gleichem Einsatz und mit so viel Herzblut zu betreiben, wie bei dem letztendlich geglückten Projektstart zur Krebsbachtalbahn; den ich mit einem herzlichen Dankeschön an alle deren Macher verbinde.

Bei der Verkehrswende bleibt keine Zeit für Stillstand. So wie Kutschen irgendwann aus unseren Städten verschwunden sind so sollten auch Autos verschwinden, soweit sie nicht mehr zwingend gebraucht werden. Im Gegenzug sollten alle Stadtbereiche und alle Teilorte bestens mit Radwegen verbunden sein, inklusive einem ÖPNV für diejenigen, die nicht oder nicht immer das Rad nehmen können.

Zur Verkehrswende werden im Übrigen auch die Ehrenamtlichen wieder beitragen, wenn wir im Gremium und in der Stadtverwaltung das Engagement des Bürgerbusvereins nutzen und fördern. Und wenn wir zum Beispiel kleine Stellschrauben wie Mitfahrerbanken bedienen oder weitere sichere Fahrradabstellplätze an Haltestellen des ÖPNV, am Bahnhof, an Hallen, Schulen, Bädern & Parks schaffen. Ein modernes Fahrrad-Parkhaus wäre übrigens für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN von weit größerer Bedeutung als die Errichtung von Parkdecks für den klassischen Autoverkehr.

Vielleicht lässt sich an unserer neuen RappSoDie und an unserem neuen Feuerwehrhaus in der Kernstadt ein kleines Fahrrad-Parkhaus oder zumindest ein moderner Fahrrad-Unterstand realisieren.

Für Ihren steten Einsatz, Herr Frei, und für die gute Kassenführung, durch Sie, Frau Schulz, und durch Ihr Team, unseren besten Dank.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird dem Beschluss über die Haushaltssatzung der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2023 zustimmen, ebenso der weiteren Finanzplanung bis zum Jahr 2026, sowie auch dem Beschluss über den Wirtschaftsplan zum Eigenbetrieb „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2023.“

ÖDP-Fraktion

Die Stellungnahme trug Stadtrat Klaus Ries-Müller vor:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Frei, meine Damen und Herren,

1. Einleitung

Mehr Sport treiben, gesund ernähren, mehr Obst und Gemüse essen, ... diese guten Vorsätze für das neue Jahr kennen wir alle. Aber würden Sie sich vornehmen irgendwann, 1 Kilogramm Gewicht abzunehmen? Oder ein Kilo Karotten zu essen? Ohne konkreten Termin.

Das ist doch lächerlich, würden sie sagen. Ohne genaue definierte Ziele und Maßnahmen bringt das doch nichts.

Wenn Ziele und die damit verbundenen Maßnahmen nicht ambitioniert sind, machen sie wenig Sinn!

Genauso ist das beim Klimaschutz! Die guten Vorsätze sind da. Doch es passiert zu wenig, viel zu wenig!

Dabei läuft uns die Zeit davon:

„Delay means Death“ – „Verzögerung führt zum Tod“, so formulierte es UNO-Generalsekretär Antonio Guterres bei der Weltklimakonferenz und begründete dies:

„Unser Planet nähert sich immer schneller den Wendepunkten, die das Klimachaos unumkehrbar machen werden. Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle, ...“, so Guterres.

Wenn wir die Wissenschaft ernst nehmen, muss Deutschland die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 auf nahezu Null senken, um das 1,5 Grad Ziel einzuhalten (nach dem Prinzip der Verteilung des globalen Restbudget).

„1,5°C“ hört sich zunächst mal wenig an. Das ist aber eine mittlere globale Temperatur. Dass unser Planet zu 2/3 aus Wasser besteht wird dabei gerne übersehen. Für Landflächen kann das schon mal 6 bis 7°C mehr sein – im Durchschnitt!

Jahrhundertsturm, Jahrtausendflut, Jahrhundertdürre - extreme Wetterereignisse treten inzwischen im Jahresrhythmus auf – weltweit, aber auch bei uns! Und dennoch sind dies erst die Vorboten.

Das heißt, wir müssen jetzt handeln bevor aus dem Klimawandel eine Klimakatastrophe wird, denn jetzt können wir noch handeln!

2. Voller Energie zu weniger (fossilem) Energieverbrauch!

Zurück zu Bad Rappenau:

Der Klimaschutz ist zwar (inzwischen) auf der Agenda, so haben wir seit kurzem ein Klimaschutzkonzept. Doch hat der Klimaschutz die notwendige, zentrale Bedeutung im städtischen Haushalt? Im 756 Seiten starken Haushaltsplan kommt das Wort „Klimaschutz“ nur 3 Mal vor: Beim LED Lampentausch, beim Photovoltaik-Förderprogramm und im Zusammenhang mit dem Klimaschutzkonzept selbst. Dabei bietet das neue Klimaschutzkonzept eine sehr gute Basis, eine Fülle von Maßnahmen und Lösungen für mehr Klimaschutz. Doch es ist wie beim eingangs beschriebenen Abnehmen, ohne ambitionierte Ziel und einen konkreten Fahrplan, wie diese Ziele erreicht werden können, fällt das Thema immer wieder hinten runter, bis es zu spät ist!

Ein Vorschlag für ein solche Zielvorgabe:

Die Stadtverwaltung inklusive der Liegenschaften sollte bis 2030 klimaneutral sein, die Gesamtstadt bis 2035. Dies entspricht grob den Zielen, die sich die Städte Heilbronn, Stuttgart oder München gegeben haben. Bei den genannten Beispielen ist damit immer ein Fahrplan verbunden, bis wann die notwendigen, zusätzlichen Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Viele Maßnahme sind für uns damit verbunden, dass z. B. im Hochbauamt mehr Personal gebraucht wird, wenn wir hier wirklich was bewegen wollen. Eine entsprechende Stelle für das kommunale Energiemanagement fördert das Land z. B. mit 70%.

Fazit: Das Konzept ist ein guter Einstieg, der aber vehement weiterverfolgt werden muss. Denn für die Umwelt zählt zum Schluss nicht die produzierten Seiten Papier, sondern die konkret umgesetzten Maßnahmen.

Deshalb haben wir Vorschläge aus dem Klimaschutzkonzept aufgegriffen und als Anträge formuliert:

Das Klimaschutzkonzept sollte hier keinesfalls als Feigenblatt missbraucht werden, keine Anträge zum Klimaschutz zu stellen, so wie teilweise bei den Vorredner/innen angeklungen: Wir haben ja ein Klimaschutzkonzept, deshalb sollten keine Anträge zum Klimaschutz mehr gestellt werden.

Photovoltaik-Förderung

Für die Förderung von 100 Photovoltaik Balkonmodulen mit jeweils 150 Euro haben wir 15 000.- Euro beantragt. Das entspricht inzwischen – erfreulicherweise - auch dem Vorschlag der Stadt.

Solche PV-Module am Balkon ermöglichen selbst erneuerbaren Strom zu produzieren und direkt vor Ort zu verbrauchen, auch für Mieter ohne eigenes Dach.

Bei der Förderung von PV Dachanlagen wollen wir dagegen die städtische Förderung von (nur) 10000.- auf 25000.- Euro erhöhen und damit rund 25 Anlagen fördern.

Wettbewerb zum Energiesparen

Ähnlich der Energiesparwettbewerb an den Schulen. Gerade Kinder und Jugendlichen werden sich in Zukunft mit dem Thema Energieeinsparung beschäftigen müssen. Hier liegt sicher die Hauptaktivität bei den Schulen, die ja dieses Thema aufgreifen müssten, mit Unterstützung der Verwaltung.

Förderung Heizungspumpentausch

Ein Thema, dass meist im Verborgenen, im Keller arbeitet: Heizungspumpen sind hier wahre Energiefresser. Deshalb wollen wir den Austausch von 25 Heizungspumpen zu jeweils 100.- Euro fördern, auch um das Thema in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Photovoltaiknutzung auf städtischen Gebäuden

Letztes Jahr wurden nach 10 Jahren Pause wieder städtische Dächer mit einer Photovoltaik-Anlage belegt, wie die Grundschule in Bonfeld oder der Kindergarten im Kandel. Dabei hatten wir seit Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wie ist der weitere Fahrplan? Welche Gebäude kommen als nächstes dran? Freie Dächer gibt es noch reichlich!

Krebsbachtalbahn:

Noch ein Thema, das nicht direkt im Klimaschutzkonzept auftaucht, aber trotzdem CO2 einspart. Das ist die Krebsbachtalbahn: Die Stadtbahn fährt schon heute mit Ökostrom. Wir hoffen, dass die Stadtbahn deutlich vor 2030 durch das Krebsbachtal fährt.

3. Sichere, nachhaltige Versorgung mit Trinkwasser

Die trockenen Sommer gefährden auch unsere Wasserversorgung. So waren schon im Mai 2022 die Füllstände unserer Wasserspeicher so niedrig wie noch nie.

Kostbares Trinkwasser sollte deshalb nicht für die Toilettenspülung oder zur Gartenbewässerung benutzt werden. Deshalb unser Fördervorschlag für Zisternen.

4. Immer mehr Baugebiete? Für eine behutsame Stadtentwicklung

Die Stadt Bad Rappenau fährt seit Jahren einen Wachstumskurs bei neuen Baugebieten: 8 Baugebiete sind in Arbeit bzw. Bebauung oder noch geplant. Diese rund 450 Bauplätze bedeuten einen Flächenverbrauch von 30 Hektar und einen noch nie dagewesen starken Einwohnerzuwachs von 1700 Einwohnern, davon sind 750 Kinder! (Zahlen des statistischen Landesamtes: pro Platz mit 2 Erwachsenen und 1,7 Kindern).

Die Neubürger/innen treffen auf schon heute mehr als ausgelastete Kindergärten und Schulen, aber auch nicht zu vergessen Kläranlagen.

Schon heute stehen nicht genügend gut ausgebildete Erzieher/innen und Lehrer/innen zur Verfügung.

Was heißt das für uns?

Wir müssen bei der Erschließung von Baugebieten einen Gang zurückschalten. Wir kommen sonst mit der Infrastruktur nicht mehr hinterher!

Wichtiger als immer neue Baugebiete ist für uns von der ÖDP, dass wir die bestehenden Gebäude und Infrastruktur auf den neusten Stand bringen. Auch aus Gründen des Klimaschutzes und der teilweisen hohen Energiekosten ist dies dringend notwendig!

Neben unzähligen Sanierungen im Bestand, haben wir dabei noch zwei Großprojekte zu stemmen:

Den Neubau der Feuerwehr in der Raiffeisenstraße und den Neubau des Rhapsodie-Hallenbades.

5. Belebung der Innenstadt (Fußgängerzone)

Eine weitere wichtige Baustelle ist für uns die Attraktivierung der Innenstadt um den Kirchplatz. Diese Attraktivierung wurde schon mehrmals verschoben.

Wir haben hier einige einfache Vorschläge gemacht, wie neue Bäume und Sonnensegel, was allerdings nicht die Zustimmung der Verwaltung gefunden hat.

Die Verwaltung hat aber zugesichert, hier eigene Vorschläge zu unterbreiten, wie mit einfachen Maßnahmen zum Beispiel ein besserer Sonnenschutz im Sommer erreicht werden kann.

Ein großes Lob an den Bauhof, der auch in 2022 wieder sehr viele neue Bäume gepflanzt hat. Vielleicht klappt es dieses Jahr auch um den Marktplatz.

6. Zum Schluss

Zum Schluss noch ein Zitat:

„Wir wollen, dass alle die Chance haben, gut zu leben. Heute und in Zukunft. Überall auf der Welt. Das geht nur, wenn die Systeme, von deren Gleichgewicht unser Leben abhängt, stabil sind.“

Unabdingbare Voraussetzung dafür ist, unsere zerstörerische Abhängigkeit von der Nutzung atomarer und fossiler Energien schnell und vollständig zu beenden und unser gesamtes Le-

ben und Wirtschaften auf nachhaltige, dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen. Wir befinden uns in einem Wettlauf mit der Zeit. Gleichzeitig werden die notwendigen Veränderungen massiv ausgebremst. Wir müssen uns deshalb fokussieren, um am wichtigsten Punkt den Durchbruch zu erreichen. Dieser Punkt ist die Nutzung der Photovoltaik als Schlüssel zur Energieautonomie.“

Zitat Ende (aus dem Buch „Sonnen-Strategie“ von Hermann Scheer (1995, Kapitel 10: „Die Energie des Volkes“).

Vielen Dank Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit. Die ÖDP-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.“

Der Vorsitzende geht auf die Stellungnahme der ÖDP-Fraktion ein und teilt mit, dass es pauschalisiert sei zu sagen, dass das Wort „Klimaschutz“ im Haushaltsplan nur wenige Male vorkommt. Dies liege auch am im Dezember beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzept, welches eine Auflistung von Klimaschutzmaßnahmen festlegt und in einen zeitlichen Rahmen integriert. Im Jahr 2023 sind somit weniger Maßnahmen angesetzt als in den Folgejahren. Auch in Anbetracht der heutigen Tagesordnung ist zu sehen, dass die Stadtverwaltung sich mit vielen Themen des Klimaschutzes auseinandersetzt, die sich nicht im städtischen Haushalt niederschlagen.

2) Beratung und Beschlussfassung über:

a) eingegangene Änderungsanträge der Fraktionen

1. Friedhof Heinsheim: Schaffung einer neuen Zuwegung zum Urnengrabfeld auf Höhe der Leichenhalle

Der Haushaltsantrag wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

2. Bestattung am Baum (alle Friedhöfe) und gestalterische Abgrenzung (an den Ecken) zur nicht benutzten Grasfläche schaffen

Der Haushaltsantrag wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

3. Prüfauftrag Parksituation in Bad Rappenau und Ortsteilen

Der Haushaltsantrag wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

4. Hochwasserschutz Obergimpern: Planungsrate einstellen für erforderliche Hochwasserschutzmaßnahmen

Der Haushaltsantrag wurde von der CDU-Fraktion zurückgezogen.

5. Fassadenbegrünung Umsetzung von „schwebender“ Fassadenbegrünung primär an den fensterfreien Bereichen der östlichen Rathauseite

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Aus Sicht der Verwaltung ist vorab eine Prüfung beim Architekten durchzuführen, ob diese Maßnahme so umgesetzt werden darf.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu 50.000 € für die Fassadenbegrünung des Rathauses im Haushalt 2023 einzuplanen (Finanzhaushalt, THH 5 – 11.24.0200 – 0001).

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	2

➔ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der CDU als angenommen.

6. Gegenfinanzierung Haushaltsanträge CDU: Verschiebung einer weiteren stationären Messsäule für Bad Rappenau (12.21.0000 – 0010 i.H.v. 60.000 €)

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Aus Sicht der Verwaltung ist eine Verschiebung oder ein Verzicht auf eine weitere stationäre Messanlage in Bad Rappenau grundsätzlich möglich, da es sich hierbei nicht um eine Pflichtaufgabe handelt. Zusätzlich spricht er an, dass die aufgestellten Anlagen jedoch erkennbar zur Reduzierung von Geschwindigkeit und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Verkehrslärms beitragen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Verschiebung einer weiteren stationären Messsäule für Bad Rappenau um ein Jahr (12.21.0000 – 0010 i.H.v. 60.000 €) zu.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	16
Enthaltungen:	1

➔ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der CDU als abgelehnt.

7. Restaurierung Bohrturm Soleförderung

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Er spricht an, dass durch eine bereits erfolgte Voruntersuchung der Handlungsbedarf bereits bestätigt wurde und die Restaurierung des Bohrturms bereits für die nächsten Jahre auf dem Plan steht.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu 50.000 € für die Restaurierung des Bohrturms in den Haushalt 2023 einzuplanen (Ergebnishaushalt, THH 5 – 11.24.0200, SK 42110099).

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	17

➔ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der Freien Wähler als angenommen.

8. Neue LED-Weihnachtsbeleuchtung für Stadt und Stadtteile

Der Haushaltsantrag wurde von der FW-Fraktion zurückgezogen.

9. Aufforstung von Grundstücken, die im Besitz der Stadt sind und dadurch CO₂-Bindung begünstigen (Flst. Nr. 792)

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Aus Sicht der Verwaltung sollte das Grundstück als Waldausgleichsfläche für mögliche Windkraftanlagen berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Aufforstung des Flst. Nr. 792 der Gemarkung Bonfeld und der Bereitstellung von 17.400 € für diese Maßnahme zu (Finanzhaushalt, THH6 – 55.40.0000 – 0005).

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	14

→ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der Freien Wähler als angenommen.

10. Gegenfinanzierung Haushaltsanträge FW-Fraktion: Verschiebung der Maßnahme 54.10.0100 – 0216 Sanierung Biberacher Straße

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Aus Sicht der Verwaltung ist eine Sanierung der Biberacher Straße notwendig, da eine starke hydraulische Überlastung der Kanalisation gegeben ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Verschiebung der Maßnahme 54.10.0100 – 0216 Sanierung Biberacher Straße zu.

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	25
Enthaltungen:	1

→ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der Freien Wähler als abgelehnt.

11. Anbindung des Ortsteil Wollenberg nach Obergimpfern gem. Eingemeindungsvertrag §9 Abs. 5

Der Haushaltsantrag wurde von der FW-Fraktion zurückgezogen.

12. Belegung des Fremdenverkehrs im Ortsteil Wollenberg (§9 Abs. 1 Eingemein-

dungsvertrag)

Der Haushaltsantrag wurde von der FW-Fraktion zurückgezogen.

13. + 14. Förderung von Photovoltaik Anlagen

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Er teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ebenfalls einen Antrag auf PV-Förderung gestellt hat und diese beiden Anträge sich im Wesentlichen nur beim Betrag der Erhöhung der städtischen Förderung unterscheiden.

Nach Einigung der ÖDP und Bündnis 90 / Die Grünen über die Erhöhung der Förderung von PV-Anlagen um 15.000 €, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu die bereits eingeplante Förderung von PV-Anlagen im Haushalt 2023 i.H.v. 25.000 € um weitere 15.000 € zu erhöhen.

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	2

→ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der ÖDP und Bündnis 90 / Die Grünen als abgelehnt.

15. Energiesparwettbewerb an Schulen

Aus Sicht der Verwaltung wird der Haushaltsantrag als nicht haushaltsrelevant eingestuft.

16. Kommunales Förderprogramm Heizungspumpentausch

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Aus Sicht der Verwaltung entspricht dieser Antrag der Maßnahme 3.002 des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK 2022, S. 159), welche zeitlich zurückgestellt ist und in 2023 nicht realisiert wird. Des Weiteren seien Förderprogramme primär Aufgabe von Bund und Land. Der Werbung für Heizungspumpentausch, z.B. im Mitteilungsblatt, steht jedoch nichts entgegen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Bereitstellung von 2.500 € im Haushalt 2023 für die Förderung von Heizungspumpentausch zu.

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	24
Enthaltungen:	2

→ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der ÖDP als abgelehnt.

17. Attraktivierung der Innenstadt (Kirchplatz)

Der Haushaltsantrag wurde von der ÖDP-Fraktion zurückgezogen.

18. Gegenfinanzierung der Haushaltsanträge der ÖDP-Fraktion

Da die Anträge der ÖDP-Fraktion abgelehnt wurden oder nicht haushaltsrelevant waren, wird der Antrag von der ÖDP-Fraktion zurückgezogen.

19. Förderung von Zisternen: Hochwasserschutz und Einsparung von Trinkwasser

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023 und erläutert, dass die Abschaffung der Schmutzwassergebühr bei Brauchwassernutzung nach geltenden Rechtsvorschriften nicht umgesetzt werden kann. Hier gilt das Verursacherprinzip und die Stadtverwaltung ist verpflichtet für die Nutzung der Infrastruktur Gebühren zu erheben.

Der Haushaltsantrag wurde von der ÖDP-Fraktion zurückgezogen.

20. Einführung eines Anwohnerparkausweises für alle Wohngebiete im Stadtgebiet und dort für alle Straßen und öffentlichen Parkplatzflächen

Der Haushaltsantrag wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

21. Baulandpreise

Der Haushaltsantrag wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

22. Laub liegen lassen auf Wegen und Grünflächen

Der Haushaltsantrag wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

23. Förderprogramm „Aus alt mach zwei“

Der Vorsitzende schildert den Sachverhalt und die Stellungnahme der Verwaltung laut Anlage 1 der Vorlage Nr. 012/2023. Er führt aus, dass die Idee eines solchen Förderprogramms grundsätzlich eine gute Sache ist, jedoch Förderprogramme eigentlich eine Angelegenheit des Bundes und Landes sind. Die Stadtverwaltung hat andere haushaltstechnisch relevante Pflichtaufgaben umzusetzen, für welche nach Umsetzung der Förderprogramme kein Kapital übrig wäre. Als Alternativvorschlag wird entsprechende Öffentlichkeitsarbeit z.B. durch das Mitteilungsblatt vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Bereitstellung von Mitteln im Haushalt 2023 i.H.v. 25.000 € für das Kommunale Förderprogramm „Aus Alt mach zwei“ zu.

Ja-Stimmen:

9

Nein-Stimmen: 24
Enthaltungen: 0

→ Aufgrund des Abstimmungsergebnisses gilt der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen als abgelehnt.

24. Kleine Sanierung Schulturnhalle

Der Haushaltsantrag wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

25. Überdachung Fahrradständer Realschule

Der Haushaltsantrag wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

26. Schaffung einer weiteren Personalstelle zur Hilfe von geflüchteten Menschen

Hauptamtsleiter Franke erläutert, dass vor kurzem eine weitere Kollegin befristet bei der Flüchtlingshilfe eingestellt wurde. Diese wurde von den Kolleginnen des Teams vorgeschlagen und nachdem sie im Frühjahr 2024 ihr Studium beginnt und die Stadtverwaltung Bad Rappenau verlässt, könne man erneut die Personallage prüfen und ggf. eine weitere befristete oder unbefristete Stelle ausschreiben. Da die Thematik sehr akut ist und sich stets in Wandlung befindet möchte die Stadtverwaltung in diesem Bereich flexibel bleiben. Des Weiteren sind aktuell zwei Stellen für den Bundesfreiwilligendienst ausgeschrieben, die die Flüchtlingshilfe unterstützen sollen.

Der Haushaltsantrag wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen.

b) Änderungsliste

Der Vorsitzende erläutert kurz anhand der Anlage 3 zur Vorlage 012/2023 die wesentlichen Posten der Änderungsliste.

Eine Aussprache hierüber findet nicht statt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Änderungsliste zum Haushaltsplan 2023.

Einstimmig.

3) Verabschiedung der Haushaltssatzung 2023

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gem. §81 GemO die Haushaltssatzung der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2023 und gem. §85 GemO die Finanzplanung bis 2026. Gegenüber dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2023, einschließlich der dem Gemeinderat vorgelegten Änderungsliste, werden folgende Änderungen beschlossen:

- Fassadenbegrünung Umsetzung von „schwebender“ Fassadenbegrünung primär an

den fensterfreien Bereichen der östlichen Rathausseite. Hierzu sind 50.000 € im Haushaltsjahr 2023 einzuplanen.

- Restaurierung Bohrturm Soleförderung. Hierzu sind 50.000 € im Haushaltsjahr 2023 einzuplanen.
- Aufforstung von Grundstücken, die im Besitz der Stadt sind und dadurch CO2-Bindung begünstigen (Fist. Nr. 792). Hierzu sind 17.400 € im Haushaltsjahr 2023 einzuplanen.

Die vorgenannten Änderungen werden über eine erhöhte Kreditaufnahme in 2024 finanziert.

Die im Beschlussantrag der Verwaltung ausgewiesene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 und die Finanzplanung bis 2026 werden unter Einarbeitung dieser Änderungen einstimmig beschlossen.

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung

1. Haushaltssatzung der Stadt Bad Rappenau für das Haushaltsjahr 2023

Auf Grund von §79 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 09.02.2023 die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen EUR

1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	67.303.200
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	67.782.400
1.3	Veranschlagtes Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-479.200
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	1.000.000
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	1.000.000
1.7	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	520.800

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	65.297.100
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	62.987.100
2.3	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushaltes (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	2.310.000
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	12.764.400
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	25.527.700
2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-12.763.300
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-10.453.300
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	422.000
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	-422.000
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-10.875.300

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 0 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf
28.284.000 EUR

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 8.000.000 EUR

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 375 v. H.

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 410 v. H.

der Steuermessbeträge;

2. für die Gewerbesteuer

auf 380 v. H.

der Steuermessbeträge.

Bad Rappenau, den 09.02.2023

(Oberbürgermeister Sebastian Frei)

Anmerkungen:

1. Bei der Festsetzung für zwei Haushaltsjahre sind die einzelnen Jahresbeträge in §§ 1 bis 5 gesondert nebeneinander oder untereinander anzugeben.
2. Falls in § 2 für die Ablösung innerer Darlehen keine Kreditaufnahmen veranschlagt werden, entfallen die Einfügungen in eckigen Klammern. Falls die Steuersätze (Hebesätze) für die Grundsteuer und für die Gewerbesteuer in einer Steuersatz-Satzung festgesetzt wurden, ist die Festsetzung in § 5 des Musters zu streichen. Die Steuersätze können in die nachrichtlichen Angaben am Ende der Haushaltssatzung miteinbezogen werden.
3. Gemeinden, die Träger eines Krankenhauses beziehungsweise einer Pflegeeinrichtung (weder Eigenbetrieb noch Privatgesellschaft) sind und nicht von der Anwendung der Krankenhaus- beziehungsweise Pflege-Buchführungsverordnung befreit sind, fügen § 7 wie folgt ein:

4) Feststellung des Wirtschaftsplans 2023 des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gemäß §14 EigBG den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Stadtentwässerung Bad Rappenau“ für das Wirtschaftsjahr 2023.

Einstimmig.

Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2023

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Eigenbetrieb der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 8. Januar 1992, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Juni 2020 (GBl. S. 403), hat der Gemeinderat der Stadt Bad Rappenau am 09.02.2023 den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 wie folgt beschlossen:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 wird mit folgenden Werten festgesetzt:

1. Erfolgsplan		EUR
1.1	Gesamtbetrag der Erträge	6.355.200
1.2	Gesamtbetrag der Aufwendungen	6.927.700
1.3	veranschlagtes Jahresergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	- 572.500

2. Liquiditätsplan		
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	5.022.800
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	4.934.700
2.3	Zahlungsmittelüberschuss der Erfolgsrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)	88.100
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.858.500
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.988.100
2.6	Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	- 5.129.600
2.7	Finanzierungsmittelbedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	- 5.041.500
2.8	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.129.600
2.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.372.300
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	3.757.300
2.11	Saldo des Liquiditätsplans (Saldo aus 2.7 und 2.10)	- 1.284.200

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen im Liquiditätsplan wird auf **5.129.600 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Wirtschaftsjahre mit Auszahlungen für Investitionen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf **0 €** festgesetzt.

§ 3 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Jahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **3.000.000 €** festgesetzt.

Bad Rappenau, den 09.02.2023

Der Oberbürgermeister
Frei

Einstimmig.

Verteiler:
50.1.4 E

**6.) Neugestaltung Kinderspielplatz Talstraße/Akazienweg
in Obergimpfern
hier: Kenntnisnahme über die Entwurfsplanung des
Kinderspielplatzes**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 008/2023 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert kurz den Sachverhalt anhand der Vorlage und begrüßt hierzu Frau Edwards vom Tiefbauamt.

Frau Edwards stellt anhand einer Präsentation die Maßnahme vor. Die Präsentation ist den Beilagen zu diesem Protokoll beigefügt und insoweit Bestandteil der Niederschrift.

Stadträtin Anne Silke Köhler gibt für die CDU-Fraktion eine Stellungnahme ab und teilt mit, dass der Spielplatz eine tolle Aufwertung für Obergimpfern sein wird und die neue Planung ein Zugewinn für Kinder und Jugendliche ist.

Stadtrat Uwe Basler gibt für die FW-Fraktion eine Stellungnahme ab und erläutert, dass der neue Spielplatz sehnsüchtig erwartet wird und die Planung toll aussähe. Auch die Lösung für das abfallende Gelände sei ein toller Vorschlag. Diese Maßnahme sei wieder der Gegenbeweis für Behauptungen, dass in Obergimpfern keine Verbesserungen von der Stadt vorgenommen werden würden. Die Freien Wähler stimmen der Vorlage zu.

Nach Klärung weniger Sach- und Verständnisfragen, ergeht folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Entwurfsplanung des Kinderspielplatzes in der Talstraße/Akazienweg in Obergimpfern zur Kenntnis und stimmt dem Entwurf mit der weiteren Umsetzung der Maßnahme zu.

Einstimmig.

Verteiler:
40.4.1 E
40.3.1 K

**7.) Bebauungsplan Boppengrund II 1. Änderung in Bad
Rappenu Bonfeld
1. Zustimmung zur Abwägung der Stellungnahmen aus
der 2. Offenlage**

2. Satzungsbeschluss

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 009/2023 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende schildert kurz den Sachverhalt anhand der Vorlage.

Eine Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

Nach Abwägung der öffentlichen Belange untereinander und gegeneinanderbeschließt der Gemeinderat den Bebauungsplan **Boppengrund II 1.Änderung in Bad Rappenau Bonfeld** sowie die für diesen Bereich geltenden örtlichen Bauvorschriften nach §10 des BauGB vom 03.11.2017 (Bundesgesetzblatt I S. 3634) in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden Württemberg und § 74 der Landesbauordnung für Baden Württemberg als Satzung. Der Satzungstext lautet wie folgt:

§1

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes.

§2

Bestandteil dieser Satzung

Der Bebauungsplan besteht aus

1. Lageplan mit zeichnerischem Teil vom 05.09.2022 und textlichem Teil vom 06.09.2022
2. Begründung vom 06.09.2022

§3

In Kraft treten

Dieser Bebauungsplan tritt mit seiner ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft (§10 Abs.3 BauGB).

Einstimmig.

Verteiler:

40.4.1 E

40.3.1 K

8.) Solarenergie Kiesgrubenäcker

1. Zustimmung zum Vorentwurf für die Photovoltaikanlage im Zimmerhof „Solarenergie Kiesgrubenäcker“ in Bad Rappenau
2. Aufstellungsbeschluss nach dem Abgrenzungsplan vom 13.01.2023 für den Bebauungsplan „Solarenergie Kiesgrubenäcker“.
3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung für den Bebauungsplan „Solarenergie Kiesgrubenäcker“ in Bad Rappenau.

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 004/2023 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erklären sich Stadträtin Jutta Ries-Müller und Stadtrat Klaus Ries-Müller nach § 18 GemO für befangen. Sie begeben sich in den Zuhörerbereich.

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt kurz anhand der Vorlage und teilt hierzu mit, dass

bereits viele Male im Gremium über Klimaschutz und Klimawandel gesprochen wurde. In diesem Fall sei die Stadtverwaltung lediglich baurechtlich beteiligt, jedoch bringt die Maßnahme der Firma Bauer eine weitere Alternative zur Energiegewinnung und Versorgung in Bad Rappenau voran. Auch der optische Eindruck wurde berücksichtigt und ein Sichtschutz soll in Form von Bäumen und Sträuchern erfolgen. Ebenfalls wurde durch einen Fachmann abgeklärt, dass die Photovoltaik Elemente so eingestellt werden, dass die Anwohner nicht geblendet werden. Er empfiehlt der Vorlage zuzustimmen.

Hochbauamtsleiter Speer führt weiter aus, dass durch die Solarthermie und PV-Anlage im Sommer der Strombedarf bei der Firma Bauer abgedeckt werden soll und somit keine Verbrennungen für die Gewinnung von Biogas erfolgen soll, was auch von Vorteil für die Anwohner sei.

Stadtrat Uwe Basler gibt für die FW-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Sehr geehrte Damen und Herren der Bürgerschaft, der Presse und der Verwaltung, liebe Vertreter der Firma und Familie Bauer, mit großem Interesse haben wir uns mit der recht kurzfristig veröffentlichte Vorlage(n) zum Vorhaben der Firma Bauer befasst und bedanken uns auch nochmal herzlich, dass Vertreter der Firma Bauer uns das Projekt in unserer Fraktionssitzung, gestern am 08. Februar, detailliert erläutert haben.

Viele Bedenken haben sich in Luft aufgelöst, einige Bauchschmerzen bleiben. Vorab, diese sind eher im Verfahrensablauf zu sehen, als in der technischen Lösung.

Aus fachlicher und ökologischer Sicht ist das Vorhaben wirklich „Rund“. Co2-Neutralität und Brennstoffneutralität zu erreichen, Strom und Wärme entsprechend heimisch zu produzieren. Dies alles kommt mit einem Preis, Fläche wird dazu benötigt. Teils gute Ackerfläche.

Wir verstehen die technologische Notwendigkeit, die eine Nähe zur Anlage Grafenwald und der Heinsheimer Höhe bedingt.

Während die Bodenqualität und Lage im Grafenwald jetzt weniger gut zum Anbau ist, ist es in Zimmerhof anders. Wenn man sich den Anbau der letzten Jahre ansieht, war es von klassischen Sorten wie Zuckerrüben geprägt.

In Zeiten, in denen wir vom lokalen bis Bundesebene nach Ressourcenunabhängigkeit streben wäre es bis vor kurzem ein leichtes die Ackerflächen zu bevorzugen.

Da sich aber seit knapp einem Jahr unsere Energiesituation dramatisch geändert hat, muss man nun einen anderen Aspekt hinzuziehen. Die energetische Abhängigkeit von Drittstaaten, die allzugerne unser Bestes wollen im Tausch gegen Energielieferung.

Und hier haben wir uns nach reichlicher Abwägung in der Fraktion mehrheitlich für das Vorhaben ausgesprochen. Grob vereinfacht: Zuckerrüben gegen Energie. Vision und Unternehmerischer Mut sollen von den Freien Wählern unterstützt werden.

Ein Wunsch an die Verwaltung. Wir freuen uns, dass dieses Projekt intensiv von der Verwaltung begleitet wurde, ebenso würden uns dann wünschen, dass auch das eine oder andere zukünftige Vorhaben aus der Bürgerschaft in Zukunft so schnell und pragmatisch von der Verwaltung begleitet wird. Und wie auch bei anderen Vorhaben bereits geschehen „könnte“ man uns informell darüber informieren, dass da was kommt und wir nicht auf Buschfunk und dörfliches Geschwätz reagieren müssen.

Bei der Bevölkerung, und vor allem bei den betroffenen Anwohnern im Bereich Taubenloch war aufgrund der Kurzfristigkeit und auch -nicht öffentlichen- Natur der Vorlage leider kein Stimmungsbild einzuholen. Der Bürgerverein Zimmerhof hatte im Vorfeld Informationen über das Vorhaben und man hat nichts Negatives oder Kritisches aus diesen Reihen vernehmen können.

Gerne hätten wir im Vorfeld mit etwas mehr Vorlauf eine Meinung der Bürgerschaft dazu gehört, was uns aufgrund des beschriebenen Verfahrens nicht möglich war. Es tut uns leid.

Was uns zuversichtlich stimmt, ist der hohe biologische Wert durch die geplante Begründung, die das Vorhaben begleitet und natürlich die beschriebene ökologische, heimische Energiegewinnung was uns zu einer mehrheitlichen Zustimmung bewogen hat. Vielen Dank.“

Stadtrat Michael Jung gibt für die SPD-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
Solarenergie Kiesgrubenäcker und Grafenwald. Wer braucht das und was ist das?

Wie wir von unserem Klimamanager Herrn Göldenboth erfahren haben, müssen wir uns, um unsere Klimaziele in Bad Rappenau zu erreichen, neben der regenerativen Stromerzeugung, vor allem um die regenerative Wärmeversorgung kümmern. Genau auf dieses Konto zahlt die Maßnahme ein.

Wir danken Herrn Bauer für seine ausführliche fachliche Darstellung in der Fraktion und unterstützen sein Engagement. Die chemischen Zusammenhänge wie aus Biogas und Solarenergie über Abspaltung von CO₂, den Zwischenschritt grüner Wasserstoff und der Zuführung von CO₂ letztendlich Biomethan und damit grünes Erdgas wird, schenke ich mir an dieser Stelle und blicke auf das Ergebnis.

Die Nachteile des Projektes sind schnell aufgezählt. Eine so große Solarfläche ist eine optische Beeinträchtigung der Landschaft. Doch was bekommen wir dafür:

In den Sommermonaten

- Entfall der Verbrennung von Holz und der damit einhergehenden Geruchsbelastung zur Schaffung von Fernwärme für die Ortsteile Heinsheim und Zimmerhof.
- Anstatt das Biogas zur Wärmeerzeugung zu verbrennen, wird es zu Biomethan transformiert, und ersetzt dort fossiles Erdgas z.B. aus Fracking und anderen umweltschädlichen Quellen.

Über das ganze Jahr

- Verbesserung des Artenschutzes und ökologische Aufwertung der Fläche durch eine insektenfreundliche Blühwiese unterhalb der Module und Eingrünung der Randbereiche mit heimischen Gehölzen weit über das erforderliche Maß. Von der Straße dürfte man also von der Anlage recht wenig sehen.
- Reduzierung des Starkregenrisikos für Zimmerhof durch die bepflanzte Fläche
- Aber vor allem Unterstützung der Klimaziele der Stadt Bad Rappenau und damit zugunsten aller aktuellen und zukünftigen Bewohner

Die SPD-Fraktion kommt nach einem ausführlichen Abwägungsprozesses zu einer klaren Befürwortung der Maßnahme und stimmt beiden Vorlagen zu.“

Stadträtin Anne Silke Köhler gibt für die CDU-Fraktion eine Stellungnahme ab und teilt in dieser mit, dass auch die CDU-Fraktion sich im Vorfeld informiert habe und dadurch erfahren haben, wie viel Potential in diesem Projekt stecke. Der Landverbrauch sei natürlich schade, jedoch werden auf vielen Feldern bereits Produkte zur Energiegewinnung angepflanzt und nicht zur Nahrungsgewinnung. Nach einem längeren Abwägungsprozess sei sich die CDU einig, dass die Vorteile bei dieser Maßnahme überwiegen und werden für die Vorlage stimmen.

Stadtrat Jochen Hirschmann gibt für die ÖDP-Fraktion folgende Stellungnahme ab:

„Solarenergienutzung auf Ackerland wird teilweise kontrovers diskutiert.

So kommt das naheliegende Argument, dass ja viele Dachflächen noch nicht mit PV belegt sind. Das ist zwar richtig, aber bei uns in Deutschland ist es jedem Großteils selber überlassen, sein Dach zu belegen!

Und die meisten machen dies halt nicht – auch mir nicht verständlichen Gründen. Wir haben

inzwischen einfach nicht mehr die Zeit zu warten, die der letzte Hauseigentümer aufwacht. Wir müssen bis 2030 unsere Energieversorgung komplett umstellen. Da sind großflächige Solarmodule auch auf Ackerflächen ein sehr großer Hebel.

Am häufigsten kommt aber das Argument, dass der Ackerboden für die Versorgung der Bevölkerung genutzt werden soll. Dabei ist wichtig zu wissen, dass heute 10 Prozent unserer Getreideernte im Tank landet.

Wir kippen also riesige Mengen an Lebensmittel in den Tank unserer Autos.

Wird die Autos statt mit Biosprit elektrisch mit Solarstrom betrieben, würde das die dafür notwendige Fläche um 97 Prozent reduzieren. Also für die Fortbewegung mit Solarstrom brauche ich nur noch 3 Prozent der Fläche, die vorher zur Biospriterzeugung benötigt wurde.

Also wenn der mehr Ackerboden für die Nahrungsmittelproduktion benutzt werden soll, dann muss sofort die Biospriterzeugung eingestellt werden.

Wir von der ÖDP stimmen entsprechend der Vorlagen für die Solarenergienutzung im Kiesgrubenäcker und Grafenwald.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Vorentwurf für den Bebauungsplan „Solarenergie Kiesgrubenäcker“ in Bad Rappenau zu.
2. Der Gemeinderat stimmt zu, für den Bebauungsplan „Solarenergie Kiesgrubenäcker“ in Bad Rappenau einen Aufstellungsbeschluss (Abgrenzungsplan vom 13.01.2023) zu fassen und stimmt der frühzeitigen Beteiligung zu.

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1
Befangen:	2

Verteiler:
40.4.1 E
40.3.1 K

9.) Solarenergie Grafenwald

- 1. Zustimmung zum Vorentwurf für die Photovoltaikanlage im Zimmerhof „Solarenergie Grafenwald“ in Bad Rappenau**
- 2. Aufstellungsbeschluss nach dem Abgrenzungsplan vom 13.01.2023 für den Bebauungsplan „Solarenergie Grafenwald“**
- 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung für den Bebauungsplan „Solarenergie Grafenwald“ in Bad Rappenau**

Zu diesem TOP ging den Mitgliedern des Gemeinderates die Vorlage Nr. 005/2023 zu. Bezüglich des Sachverhalts wird auf diese Vorlage verwiesen, die Bestandteil des Protokolls ist.

Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachverhalt anhand der Vorlage und verweist auf die Vorberatung unter Tagesordnungspunkt 8.

Frau Stadler erläutert zum Sachverhalt, dass das bisher im Grafenwald erzeugte Biogas künftig in den Sommermonaten in einer Gasaufbereitungsanlage am Standort Heinsheimer Höfe 1 zu Biomethan aufbereitet werden soll.

Das in den Heinsheimer Höfen entstehende Gas muss dann in die Hauptgasleitung am Römersee eingespeist werden, dies kann und darf ausschließlich über die Heilbronner (Gas) Versorgungsgesellschaft HNVG erfolgen. Diese wird in ihrem Auftrag für eine Leitung für das einzuspeisende Gas von den Heinsheimer Höfen 1 zur Hauptleitung am Römersee sorgen und die Firma Bauer legt dann parallel in den Leitungsgraben die Leitung für Biogas vom Standort Heinsheimer Höfe 1 zum Standort in Richtung Grafenwald bis Übergabepunkt am Römersee und geht dann über einen Acker von Bauer hoch zur Biogasanlage am Grafenwald.

Die Fraktionen verweisen auf ihre Stellungnahmen unter Tagesordnungspunkt 8 des Öffentlichen Teils.

Eine weitere Aussprache hierüber erfolgt nicht, es ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Vorentwurf für den Bebauungsplan „Solarenergie Grafenwald“ in Bad Rappenau zu.
2. Der Gemeinderat stimmt zu für den Bebauungsplan „Solarenergie Grafenwald“ in Bad Rappenau einen Aufstellungsbeschluss (Abgrenzungsplan vom 13.01.2023) zu fassen und stimmt der frühzeitigen Beteiligung zu.

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	1
Befangen:	2

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Der Vorsitzende:

Schriftführer/in:

Protokollpersonen:

Verfügung:

1. Die am Rand bezeichneten Stellen erhalten Auszüge aus dem Protokoll
2. Ablichtung des Protokolls für den Oberbürgermeister
3. An die Stelle 0 mit der Bitte, die erforderlichen Unterschriften einzuholen
4. Anschließend zu den Akten bei Stelle 0

Frei
Oberbürgermeister